

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Ulmenfeld-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abzugssteuer: Im Monat Nov.

Dr. v. Nachzahlung. Ein einzelnes Exemplar 1,50 Mark. Die

Abzugssteuer: Die einzige Stelle über dem Namen Grundzahl Nr. 45, Grundzahl einer Nachzahlung

Nr. 261.

Ulmenfeld, Donnerstag den 8. November.

Jahrgang 1918

Zwangskurs für die Papiermark.

Die Reichsregierung hat sich angesichts der furchtbaren Marktentwicklung dieser Tage zu einem außerordentlichen Schritt entschlossen: Die wertbeständigen Zahlungsmittel werden in ein bestimmtes Verhältnis zur Papiermark gesetzt. Damit ist gewissermaßen ein Zwangskurs für die Papiermark festgelegt. Die Papiermark wird effektiv festgesetzt. Der Grund dafür, daß diese Relation vorgenommen werden mußte, liegt darin, weil es sich herausgestellt hat, daß die inzwischen herausgekommenen wertbeständigen Zahlungsmittel, insbesondere die Goldanleihe, fast vollkommen gehamstert worden sind. Die Reichsbank hat in den letzten Tagen in größtem Umfange wertbeständige Zahlungsmittel geliefert. In drei Tagen wurden über acht Millionen Goldmark an solchen Stellen herausgebracht. Bei dem schwerfälligen Anstanzung spricht vieles dafür, daß die Stücke in der Reichsbankverwaltung, der Vorinstanz für die Reichsbank, und in dieser selber, viel zu lange hängen bleiben, so daß im Verkehr ein Mangel an wertbeständigen Zahlungsmitteln zutage tritt. Dieser Mangel ist aber nachgerade katastrophal, weil sich selbst schon der Kleinhandelsverkehr vielfach auf die wertbeständige Zahlungsweise eingestellt hat. Welche Papiergeldmassen unter den heutigen Verhältnissen in den Verkehr eingeführt werden, geht daraus hervor, daß am letzten Samstag, also an einem einzigen Tage, für drei Millionen 692.000 Millionen Mark Papiergeld herausgebracht wurden. Das macht auf jeden Kopf der Bevölkerung 60 Milliarden Mark aus.

Die Relation, also das Verhältnis zwischen Papiermark und wertbeständigen Zahlungsmitteln, legt das Reichsfinanzministerium fest. Ebenso wird von dieser Stelle auch das Verhältnis selber festgelegt. Praktisch stellen sich die Dinge folgendermaßen dar: Es wird bestimmt werden, wie viel Papiermark zum Austausch einer Mark wertbeständiges Geld, also einer Mark in Goldanleihe oder einer Rentenmark nötig sind. Dieses Verhältnis wird für die innere Preisberechnung gesetzlich maßgebend sein. Daß in der Bewertung der inländischen Goldmark gegenüber dem Kurs der Devisen, vor allem also des Dollars, auch weiterhin große Differenzen bestehen werden, ist ganz klar. Aber es handelt sich im Innern darum, den Anreiz durch Spekulation mit wertbeständigen Zahlungsmitteln zu nehmen, und das geschieht dadurch, daß festgelegt wird, daß ein bestimmtes Quantum Papiermark einer Goldmark gleich ist, und daß ein größeres Quantum dafür nicht genommen werden darf. Selbstverständlich bedingt diese Transaktion auch eine Stilllegung der Notenpresse. Nun hat aber die letzte Dollarsteigerung wieder ungeheure Summen an papierernen Zahlungsmitteln notwendig gemacht. Es ist somit die höchste Zeit, daß die Rentenmark herauskommt, die dann freilich ebenfalls von vornherein in ein bestimmtes Verhältnis zu der Papiermark gesetzt wird. Wenn man auch bedenken wegen der Verbindung des Schicksals der Rentenmark mit der Papiermark nicht unterdrücken kann, so ist doch für den Augenblick ein anderer Ausweg gar nicht möglich. Es kommt alles darauf an, daß man es zuzuge bringt, den Verkehr derart zu regulieren, daß die durch die wertbeständigen Zahlungsmittel sich ergebenden Beträge durch die Mengen des unlaufenden Papiergeldes nach Abstoppen der Notenpresse ausgeglichen werden.

Noch kein festes Wertverhältnis.

Berlin, 7. Nov. Die Feststellung eines Umrechnungskurses für die Papiermark ist noch immer nicht geklärt, obwohl bereits am letzten Samstag angekündigt wurde, daß die Beschlüsse des Kabinetts „unmittelbar“ bevorstünden. Das Kabinett ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, in dieser Frage bisher zu keiner Entscheidung gekommen, da von den drei betragten Sachverständigen drei von einander abweichende Vorschläge gemacht worden seien. Die Meinungsverschiedenheiten der Sachverständigen beruhen anscheinend darauf, daß die Tätigkeit der Notenpresse für die Papiermark noch nicht eingestellt werden soll. Damit würde sich allerdings eine große Gefahr für das Währungsgebiet ergeben, in das die Papiermark umgetauscht werden soll. Eine Festlegung des endgültigen Marktkurses zum Austausch ist selbstverständlich nur in dem Augenblick möglich, wie die Notenpresse stillgelegt wird. Setzt man den Kurs fest und druckt weiter, so muß dies notwendigerweise zu

einer Übertragung der „Inflation“ auf die für den Umlauf in Aussicht genommene wertbeständige Währung führen. Die Herstellung der Rentenmark, von der die Stilllegung der Notenpresse abhängt, hat sich nun aber, wie gleichfalls von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, verzögert. Bis zum 15. November „hofft“ man einen Betrag von 243 Millionen Rentenmarkstücke fertiggestellt zu haben.

Regierungskrise und Parteien.

Berlin, 7. Nov. Der starke Druck, unter dem zur Zeit die innenpolitische Gesamtlage steht, macht sich indirekt auch in der Entwicklung der mit dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung entstandenen Regierungskrise geltend. Während die Dinge zum Beispiel noch in den Tagen des Rücktritts des Kabinetts Luno Dr. Stresemann dazu zwangen, das Kabinett mit möglicher Beschleunigung zu bilden und dem Parlament vorzustellen, scheint sich für denselben Dr. Stresemann heute ein Zwang dahin zu ergeben, sich mit der Ergänzung seiner Regierung gewissermaßen Zeit zu lassen und höchstens dahin Sorge zu tragen, daß er bei dem Wiederzusammentritt des Reichstags mit einer Programmrede und der Forderung eines Vertrauensvotums vor das Parlament treten kann. Es muß allerdings auch gesagt werden, daß die Parteien von sich aus so gut wie nichts tun, um dem Kanzler die parlamentarische Lage zu erleichtern. Eigentlich betätigen sich allein die Demokraten, während in den Reihen des Zentrums und noch stärker bei der Deutschen Volkspartei das Bestreben zu Tage tritt, die Dinge an sich herankommen zu lassen. Die Demokraten haben sich u. a. auch in dankenswerter Weise bemüht, den Auswirkungen der Krise im Reich auf Preußen kräftig entgegenzutreten und sie haben in diesem Sinne eine Entschloßung zu Gunsten der Erhaltung der großen Koalition angenommen und veröffentlicht. Ebenso tätig, nur in entgegengesetzter Richtung, sind die Deutschnationalen, für die Graf Westarp soeben erst wieder erklärt, daß Dr. Stresemann sich zwar bemühe, aber die Deutschnationalen und die noch weiter rechts stehenden Kreise niemals befriedigen könne.

Im Reichstag berieten am Dienstag die Fraktionen darüber, ob und in welcher Form die Deutschnationalen zur Beteiligung an der Regierung herangezogen werden könnten. Der deutschnationale Abgeordnete Hergt hatte vorher eine lange Aussprache mit dem Reichskanzler Stresemann gehabt. Eine Sitzung der Deutschen Volkspartei, in der der Kanzler über die Lage sprach, dauerte bis spät in die Nacht. Die Ansichten gehen im allgemeinen dahin, daß im Augenblick eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Koalition sich auf parlamentarischer Grundlage wohl kaum ermöglichen lassen wird, die Deutschnationalen aber meinen, daß für sie der Eintritt in die Regierung nur dann in Frage kommen könne, wenn eine klare Verhandlung unter den bürgerlichen Parteien über die Beteiligung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Wirren möglich sei und wenn sie in der Regierung so stark vertreten wären, daß sie sich durchsetzen könnten. Diese Voraussetzung müßte vor allem dadurch erfüllt werden, daß alsbald auch die Zusammenfassung der preussischen Regierung geändert werde. Die Deutschnationale Partei beabsichtigt, wie aus ihren Kreisen mitgeteilt wird, keinesfalls, die kleine Koalition in ihrer heutigen Zusammenfassung zu stützen, sondern sie will, wenn sie überhaupt ihren Eintritt in die Koalition in Erwägung ziehen sollte, eine Reihe scharfer Bedingungen stellen. Dazu gehört auch, daß ein Ausschuss von 28 Mitgliedern eingesetzt wird, der die Weimarer Verfassung unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte einer Prüfung unterziehen solle, um den Bundesstaaten in dieser Richtung entgegenzukommen. Außer in einer Rechtsregierung, d. h. in einer Regierung, in der zum mindesten die Deutschnationalen die ausschlaggebende Mehrheit hätten, sieht die Partei keine Gewähr für eine in ihrem Sinne ersprießliche Entwicklung der politischen Lage. Unter diesen Umständen hält man es, wie gesagt, auch in der Deutschen Volkspartei im Augenblick nicht für möglich, eine parlamentarische Lösung der Krise zu finden, und der Kanzler denkt daher daran, die Geschäfte ohne Mitwirkung des Reichstages fortzuführen, und das Parlament vorerst nicht zusammenzurufen.

Die Demokratische Partei hat beschlossen, zwar ihre Minister nicht aus der Regierung zurückzuziehen, sie steht jedoch einer Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung durchaus ablehnend gegenüber. Der Hauptgrund der Demokraten für diese Haltung besteht darin, daß sie vermuten, ein Eintritt der Deutschnationalen in das Kabinett würde von die es im wesentlichen nur als kurzfristiger Übergang zu einer rein rechts gerichteten Militärkabinetts angesehen werden.

Die Haltung der Zentrumsfraktion ist noch ganz unklar, da es ihr offenbar nur schwer möglich ist, bei den bekanntermaßen sehr erheblichen Gegensätzen innerhalb ihrer Partei eine einheitliche Stellungnahme herbeizuführen. Die Zentrumsfraktion wird ihre Entschlüsse von den Bedingungen abhängig machen, die die Deutschnationalen für ihren Eintritt in das Kabinett stellen werden.

Vor einer Schwärzung scheint die Bayerische Volkspartei zu stehen. Der Reichskanzler sei beabsichtigt, die Bayerische Volkspartei in die Koalition einzuziehen. Es verdammt, daß der bayerische Abgeordnete Emminger die Aufforderung erhalten habe, das Justizministerium zu übernehmen.

Die Lage in Thüringen.

Der Einmarsch der Reichswehr in Thüringen, der zunächst zur vorübergehenden Besetzung der Stadt Gotha geführt hat, hat die Verunsicherung der unter den unsicheren Verhältnissen schwer leidenden Bevölkerung des Freistaates Thüringen und die Entwarnung der kommunistischen Hundertschaften zum Ziel. Die kommunistischen Mitglieder der sozialistischen thüringischen Regierung, Justizminister Dr. Korsch, Professor an der Universität Jena, und Wirtschaftsminister Tennert, haben es fertig gebracht, die Verfügungen des militärischen Befehlshabers über die Auflösung der provisorischen Hundertschaften durch Gegenbefehle unwirksam zu machen; der formellen Auflösung folgte auf dem Fuße eine Wiederbelebung dieser Organisationen, die mit Waffen gut ausgerüstet sind, unter anderem Namen. Es werden Übungen abgehalten, zu denen durch öffentlichen Anschlag aufgefodert wird. Auch die Erwerblosen werden zum Eintritt in die Hundertschaften gezwungen. Gegen diesen Terror vermag die Polizei nicht aufzukommen; es muß deshalb die Aktion zur Wiederherstellung der Ordnung der Reichswehr übertragen werden. Man darf hoffen, daß ihr Eingreifen auch das wirtschaftliche Leben in Thüringen aus dem Tiefstand, dem es in den letzten Wochen immer mehr verfallen ist, erlösen wird. Es haben sich dort in der Tat unhaltbare wirtschaftliche Zustände herausgebildet, die das Gegenteil der Prosperität darstellen. Handel und Wandel stocken unter dem Druck der Unsicherheit, der auf dem Lande lastet; es sind insbesondere auch die ernstesten Schwierigkeiten in der Beschaffung von Lebensmitteln entstanden.

Weimar, 7. Nov. General Reinhardt hat den Kommandeur der 3. Kavalleriedivision, Generalleutnant Haffe, beauftragt, bei der augenblicklich drohenden Lage in Thüringen durch die ihm zur Verfügung gestellten Reichswehrruppen der thüringischen Landespolizei feste Reichsgewalt zu geben und die Auflösung der proletarischen Hundertschaften durchzuführen. Zu diesem Zweck wird Polizeioberst Müller-Brandenburg von der thüringischen Landespolizei dem General Haffe unterstellt.

Gotha, 7. Nov. Am Dienstag, beim Morgengrauen, wurden die Stadt Gotha und die umliegenden Ortschaften durch Reichswehrrabteilungen besetzt. Es handelt sich um eine Polizeiaktion zur Durchführung der Auflösung der kommunistischen Hundertschaften. Die wichtigsten Gebäude der Stadt sind besetzt und Besatzungen kommunistischer Führer vorgenommen worden. Es erfolgten umfangreiche Durchsuchungen nach Waffen. Weiter wurde die Druckerei des „Volkblattes“ besetzt und versiegelt.

Die Lage an der bayerisch-thüringischen Grenze.

Das Wehrkreiskommando V teilt mit: Neben die Ansammlung von Kampfverbänden an der bayerischen Nordgrenze werden aus thüringischen Tüchlen kommende beunruhigende und stark übertriebene Nachrichten selbst von amtlichen Behörden verbreitet. Solche Alarmmeldungen amtlicher hoher Organe, die von ihrer Regierung nach ihrer Prüfung an Ort und Stelle demontiert werden mußten, sprachen u. a. von der Versammlung von vier Infanterieregimenten und

„großen Wertigkeiten“, von der Auffassung von Batterien sogar auf thüringischem Boden, im Ganzen bezog der meißnerische Behörde und verglichen nicht Tatsächlich steht, wie eine sorgfältige Nachprüfung ergeben hat, lediglich bayerische Landespolizei, allerdings verstärkt durch 2000 Mann Giftpolizei, die den ortsaufgestellten Organisationen entnommen ist, an der Grenze. Das Bewegen von Truppen des Reichsheeres V an die thüringische in Ostthüringen haben, ist unrichtig. Ebenjedenfalls stehen Reichsheertruppen der 7. (bayer.) Division an der bayerischen Nordgrenze.

General Reinhardt an die thüringische Regierung.

Weimar, 7. Nov. Generalleutnant Reinhardt in Stuttgart hat an das thüringische Staatsministerium ein Schreiben gerichtet, in dem er sich darauf beruft, daß täglich bei ihm zahlreiche Hilferufe der thüringischen Bevölkerung einkommen, die um Befreiung gegen den Terror der proletarischen Hundertschaften bitten. Diese Hundertschaften seien trotz der Wettergabe seines Auflösungsbeschlusses durch die thüringische Regierung in der Tat nicht aufgelöst oder in „republikanische Kommanden“ umgewandelt worden. Dieser Zustand sei für große Teile der Bevölkerung unerträglich und würde schwerwiegende Folgen haben, da eine Einschränkung der Erzeugung und des Warenverkehrs drohe und die verwegeneren Teile der Bevölkerung nach ungesetzlicher Unterjochung ausschauten, was schon nahegerückt zu sein scheint. Er habe deshalb den Auftrag gegeben, bei der außerordentlich bedrohlichen Lage in Thüringen durch die ihm zur Verfügung gestellten Reichsheertruppen der thüringischen Landespolizei einen festen Rückhalt zu geben und die Auflösung und Entwaffnung der Hundertschaften durchzuführen.

Neues vom Tage.

Aufführung der Berliner Schuttpolizei.

Berlin, 7. Nov. Die Polizei erläßt heute im „Vorwärts“ einen Aufruf, es sollten sich zum Auffüllen von Dienststellen 2500 Leute bei der Schuttpolizei in Berlin melden, die im Alter von 23 bis 35 Jahren seien, unbedingt verfassungstreu sind und körperlich und geistig für den Militärdienst geeignet seien. Der Aufruf wird durch ähnliche Aufrufe der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei unterstützt, die an ihre Mitglieder die Aufforderung ergeben lassen, sich zu diesem Zweck bei der Schuttpolizei zu melden. Besonders bemerkenswert ist, daß bei dem Aufruf der Polizei die Meldebis- bis spätestens 8. November, 1 Uhr mittags, befristet ist. Spätere Bewerbungen können nicht mehr berücksichtigt werden, d. h. also, daß für die Aufstellung einer Truppe von 2500 Mann rund 24 Stunden in Aussicht genommen sind. Aus der Eile, mit der diese Truppe gerade bis morgen mittag zusammengestellt wird, kann man immerhin gewisse Schlüsse ziehen.

Der Münchener Bischof an den Reichskanzler.

Berlin, 7. Nov. In Beantwortung eines Schreibens des Reichskanzlers Dr. Sireseman an den Kardinalbischof v. Faulhaber in München vom 13. Oktober ist dem Reichskanzler eine Zuschrift des Kardinals zugegangen, worin unter Bezugnahme auf den von dem Reichskanzler wiederholt ausgesprochenen Gedanken, daß nur in der sittlichen Wiedergeburt des deutschen Volkes die starke Wurzel seiner wirtschaftlichen und politischen Wiedergeburt liege und daß die katholische Kirche hierauf einen großen Einfluß ausüben könne, erklärt wird, dieser Gedanke sei ihm, dem Kardinal, ganz aus der Seele gesprochen. Die Kirche empfinde es als eine Gewissenspflicht, an der sittlichen Wiedergeburt des Volkes, insbesondere an dem Abbau der Genußsucht und in der Pflege des Autoritätswillens, an dem Abbau des Hasses und der Standesgegensätze und an der Pflege des Gemeinheitsgeistes neben der Selbstsucht und an der Pflege

des Opfergeistes mitzuwirken. Der Kardinal schreibt diesen Brief auf seine persönliche Verantwortung, wisse sich aber Gedankenlos mit dem Hinzuschreiben der in Fulda versammelten Bischöfe. Der Kardinal erklärt weiter, daß er die föderalistische Umgestaltung der Weimarer Verfassung für eine staatsmännliche Notwendigkeit halte. Er habe nie verhehlt, daß die Treue des bayerischen Volkes zu seinem Königshaus das Recht der völkischen Selbstbestimmung für ihn in Anspruch nehmen. Das alles dürfe aber nur auf verfassungsmäßigem und unblutigem Wege geschehen. Der Brief schließt mit dem Wunsch, daß es gelingen möge, in erster Linie dem deutschen Volk Brot und Arbeit zu geben, mit dem Nachbarvölkern zu einem friedlichen Ausgleich auf dem Boden der Gerechtigkeit zu kommen und das Schwere eines Bürgerkriegs fernzuhalten.

Die Plünderungen in Berlin.

Berlin, 7. Nov. Der Dienstag ist in Berlin wieder recht unruhig verlaufen. Besonders in Charlottenburg ging es arg zu, dann aber auch vor allem im Norden und Osten und in dem berühmtesten ehemaligen Scheunenviertel, wo den ganzen Tag über eine erregte, nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge in den Straßen umherwogte. Die Zahl der Plünderungen erreichte in den Abendstunden wieder mehrere Hundert. Unter diesen Umständen hatte der größte Teil der Berliner Geschäfte überhaupt geschlossen und die Kolladen heruntergelassen oder sonstige die Läden verriegelt, so daß es dem Publikum kaum möglich war, die notwendigen Einkäufe zu besorgen. Das gesamte Verbrechertum Groß-Berlins hatte sich in das Scheunenviertel begeben. Die Lage wurde dort von Stunde zu Stunde bedrohlicher, so daß der Kommandant der Schuttpolizei selbst in die bedrohte Gegend eilte und sich von der Schwere der Lage überzeugte. Daraufhin befehlt er die „Alarmstufe 4“, das bedeutet höchste Alarmbereitschaft der Schuttpolizei, bei der dann sämtliche Schuttpolizisten zum Dienste erscheinen müssen. Nach außen hin wirkt sich diese Alarmstufe dadurch aus, daß sechs große Panzerkraftwagen mit Maschinengewehren ausgerüstet, die Straßen abfahren. Sie bewachen immer nur dort, wo gerade die Panzerwagen fahren. Die Polizeimannschaften waren ausgerüstet mit Karabinern und jeder mit acht Handgranaten. Trotz dieser umfassenden Maßnahmen setzte der Verkehr in den bedrohten Gegenden nicht ab, sondern nahm immer noch zu, so daß man schließlich zu einem Gewaltmittel griff. Ganze Straßenzüge wurden während der Nachmittags- und Abendstunden plötzlich abgeriegelt und alle, die sich in den Straßen befanden, mußten den Weg nach der nahen Alexanderstraße antreten.

Auch am Dienstag nachmittag sind die Plünderungen in Berlin fortgesetzt worden. 300 Menschen, darunter gewerkschaftliche Verbrecher, wurden festgenommen. Auch in anderen Stadtteilen ist es zu Plünderungen gekommen, die jedoch keinen größeren Umfang annahmen. In etwa 40 bis 50 Bäckereien, Schlächtereien, Zigarrengeschäften und Kleiderläden wurden Waren geraubt, wenn die Inhaber sich nicht „freiwillig“ zur Herausgabe bereit erklärten.

Verhärterung für die Sonderbündler in Kaiserlanten.

Kaiserlanten, 7. Nov. Am Dienstag morgen erhielten die Separatisten Verstärkungen von 600 Mann, die in dem großen Fruchthausaal einquartiert wurden. Der Verwalter wurde mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe der Schlüssel gezwungen. Die Polizei soll eine Erklärung abgeben, ob sie gewillt ist, ihren Dienst unter den Separatisten weiter zu verrichten. Am Verweigerungsfalle soll sie entwaftet werden. Auch in Kirchheim-Bolanden unternehmen die Sonderbündler einen Vorstoß. Eine Bande von 50 bis 60 Mann anscheinend der Gruppe Heinz Orbis angehörend, besetzte das Bezirksamt.

Eine Ablehnung des bayr. Volkspartei.

München, 7. Nov. Der Reichsausschuß des Reichstages der bayr. Volkspartei hat einstimmig beschlossen, die Reichstagsaktion der Partei telegraphisch zu benachrichtigen, daß eine Beirteilung an einem Kabinett Straßmann aus politischen und persönlichen Gründen nicht in Frage kommen könne.

Sachsen führt Beschwerde.

Dresden, 7. Nov. Die sächsische Regierung hat wegen des Vorgehens der Reichsregierung und des Reichspräsidenten gegen das Ministerium Zeigner, ferner wegen der Unkenntlichkeit der bisherigen sächsischen Minister durch den Reichsminister Dr. Heine und wegen des Verbotes des Landtagszusammentritts am 10. Oktober die Entscheidung des Staatsgerichtshofs angerufen, um feststellen zu lassen, ob diese Maßnahmen verfassungsmäßig berechtigt waren.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 7. Nov. Im Landtag gab Ministerpräsident Felsch eine Erklärung ab, worin er sagte:

Die Regierung wird es als ihre Aufgabe betrachten, auf dem Boden der Verfassung zu wirken und diese zu schützen. Die Regierung fordert die Achtung der Verfassung des ganzen Reichs und rücksichtsloses Vorgehen überall dort, wo wirklich ein Verfassungsbruch vorliegt. Bei dem Vorgehen gegen die bisherige sächsische Regierung sei eine Form zur Anwendung gekommen, die mit der Würde einer Landesregierung unvereinbar und für ein Volk in einem parlamentarisch regierten Lande unerträglich sei. Nach Billigung der Sitzung teilte Präsident Winkler mit, daß das Präsidium übereingekommen sei, die Abstimmung über den vorkonstituierten Antrag auf Auflösung des Landtags und den eingegangenen Mißtrauensantrag der Kommunisten am Donnerstag Ratfinden zu lassen.

Hessischer Landtag.

Frankfurt, 7. Nov. Im hessischen Landtag wurde am Dienstag nach Erklärungen des Staatspräsidenten und des Präsidenten Adelnung gegen die Bedrückung der Befugung und deren Förderung der separatistischen Bestrebungen eine Protesterklärung eingebracht, die von sämtlichen Parteien einstimmig angenommen wurde.

Frankfurt gegen die Sachverständigenkonferenz.

Frankfurt a. M., 6. Nov. Die „Frankf. Ztg.“ meldet über Paris aus Washington: Die Unterredung zwischen dem Staatssekretär Hughes und dem französischen Botschafter, Jufferand, hat nahezu drei Stunden gedauert. Jufferand hat den bereits bekannten französischen Standpunkt vertreten. Die französische Regierung betont nachdrücklich, daß Paris eine Ausdehnung der Erörterungen weder auf Herabsetzung der deutschen Schuld, noch auf die in Düsseldorf zwischen der französischen Regierung und der deutschen Industrie getroffenen Abmachungen dulden könne. Nach den Darstellungen der Pariser Presse hat Staatssekretär Hughes eine Reihe bestimmter Rückfragen gestellt und von der französischen Regierung eine neue Zusammenfassung des von ihr als zulässig erachteten Konferenzprogramms erbeten. Er hat damit Frankreich eine Brücke zur Fortsetzung des Meinungs-austausches gebaut. Die Javasegmentur weist im übrigen noch darauf hin, daß die amerikanische Regierung die Einladung zur Teilnahme an der Sachverständigenkonferenz noch nicht erhalten habe und deshalb keine Veranlassung gehabt habe, schon jetzt endgültig Stellung zu nehmen.

Poincare an England.

London, 7. Nov. Die französische Antwort ist bei der britischen Regierung eingegangen. Sie schlägt vor, daß die Sachverständigenkonferenz Deutschlands Zahlungsbilanzen im gegenwärtigen Augenblick nur für eine beschränkte Anzahl von Jahren untersuchen soll.

Leserbrief.

Das Höchste und Edelste im Menschen verbirgt sich und ist ohne Nutzen für die tätige Welt, und aus der Kettschöner Gedanken können sich nur einige Glieder als Laten abblösen. Jean Paul.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Schönlein.

(19) (Nachdruck verboten.)

Sie trägt ein weißes Taschentuch in der Hand und ihre wasserblauen Augen sind sichtlich zu Boden geschlagen. Das farblose, nichtsagende, runde Gesicht unter dem strohblonden Haar trägt der Situation angemessen einen bekümmerten, teilnehmenden Ausdruck.

Aber dieser Ausdruck steht so lose und äußerlich auf den verschömmenen Zügen, wie etwa die Preistafelchen auf der Kartoffeltonne ihres Ladens.

Jetzt murmelt sie ein paar Worte des Beileids zur Bäuerin, greift Hans mit einem gefühlvollen Blick und kniet dann am Fußende des Bettes nieder mit der selbstverständlichen Sicherheit einer, die das von Rechts wegen heringehört.

In Hans empört sich alles. Was tut sie da? Wer hat sie gerufen? Wozu? Seine Augen wandern rauhvoll von einem zum anderen. Die Stasi lächelt salbungsvoll, die Mutter hebt ihn stehend an, Diesel erwartungsvoll. Lois aber schaut nur auf den sterbenden Verbauern.

Und als der jetzt die Augen ein wenig aufstut und mit dem fremden suchenden Blick derer, die kein Verständnis mehr für ihre Umgebung haben, vor sich hinblickt, sagt die Kramer-Lois laut:

„Gott tröst dich, Verbauern, in deiner letzten Stunde und schau, ich bin gekommen, um dir zu sagen, du brauchst

keine Sorg mehr zu haben. Wir werden schon alles in Ordnung bringen auf deinem Hof. Ich und der Hans... und die andere halt.“

Der Bauer starrt sie eine Weile verloren an. Dann murmelt er hastig: „Ist recht... ist schon recht...“

Und eifrig fällt ihm die Bäuerin in die Rede: „Gelt, das tut dich halt freuen, daß die Lois da ist und unserem Bublen seine Bäuerin werden will?“

Ein langer, seltsam rätselvoller Blick heftet sich auf die Bäuerin. Dann glimmt sachte ein wunderliches Leuchten in den Augen des alten Mannes auf — ist's Freude oder Jörn, Liebe oder Haß oder auch nur der friedvolle erhabene Glanz im Blick jener, die übermüdet haben?

Keiner weiß es recht zu deuten. Bekommen starren sie in die grauen leuchtenden Augen, deren seltsamer Schimmer allmählich blässer wird und endlich läßt erlischt wie ein zuckendes Flämmchen, das von unsichtbarem Hauch getroffen in nichts zerfiel.

Da fällt es wie ein Bann vom Hans.

Mit einem Ruck richtet er sich auf, wirft einen wilden Blick um sich und ruft laut: „Nein! In aller Ewigkeit nicht! Verlaufen laß ich mich nicht!“

Und stürzt, wie von Furien gejagt, aus dem Gemach. Hinter ihm tönen plötzlich laut jammernd Sterbegebete. Während die Bäuerin weinend allen Heiligen flucht, daß sie jetzt Witwe sei, löst ihre Schwester fürorglich ne gewirkte Sterbeteuze aus, die man vor zwei Stunden ilig angezündet hat.

Eine Milde Befriedigung liegt dabei auf den Zügen der Schwester der Bäuerin. Sie weiß, jetzt ist sie Herrin auf dem Verbauernhof — nicht öffentlich, aber desto sicherer im geheimen.

Im Flur löst Hans auf den alten Bastl, der atemlos und schweißbedeckt mit der Medizin vom Bader ankommt.

„So viel lang hat er gebraucht, der Bader! Und alle Stunden einen Löffel voll soll der Bauer nehmen...“

Ein zitternder Griff von Hansens Hand bringt ihn zum Schweigen, und dann steht der Alte bodenfest da, während Hans, die Hand immer noch wie stützend auf seinem Arm, stanglos heraus stößt: „Brauchst's nimmer hinauf zu tragen, Bastl... der Vater... der hat schon ausgelitten.“

Wie lange sie da stumm und erschüttert unter der Wucht dieser lähmenden Tatsache im dunklen Flur stehen, wissen sie beide nicht.

Endlich murmelt Bastl mit dünner, fast wimmernder Stimme: „Jesus, aber so ein Unglück... so ein Unglück! Und der Gregor ist auf und davon! Jetzt werden sie uns den lieben alten Hof überm Kopf weg verkaufen!“

Die letzten Worte kommen nur mehr erstickt heraus. Etwas würgt dem Alten in der Kehle, daß er nicht weiter kann.

„Ueber zwanzig Jahre bin ich da...“ stammelt er dann noch weinerlich wie ein Kind hinterdrein.

Durch die starre Gestalt des jungen Burschen läuft ein schauerndes Zittern. Seine Stimme ist fremd, mit einem seltsam drohenden wilden Klang.

„Ehvor... ehvor das geschieht, Bastl, seht's ein Unglück!“ stößt er rauh heraus. „Aber tu dich mit grümen. Ich halt ihn. Ist der Gregor auf und davon, so kommt mein Recht zu Wort...“

Oben ist eine Tür geöffnet worden. Man hört die jammernde Stimme der Bäuerin und dazwischen eine helle, junge, kluge, die beruhigende Worte spricht.

Bastl horcht auf. Dann lacht er im Dunkeln aufgeregt nach Hansens Hand.

„Soll ich brav von dir? Ist sie auch keine Schöne, die Lois, ihr Geld wird dir helfen, die Heimat schuldenfrei zu machen. Ruht's nur allerwegen ist in die tragen, Hans: So heilig und kostbar ist nichts auf der ganzen Welt für dich wie das Stück Grund, auf dem sich dein Ur-Undl's Heimathaus aufgebaut hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Bezüge von Staatsbeamten für das zweite Novemberdrittel 1923. Die Mehrzahl für die Bezüge der Beamten usw. ist für das zweite Novemberdrittel 1923 auf 14.000.000 festgesetzt worden.

Erstertrag von Kartoffeln, Zucker und Runkelrüben. Wie für Getreide ist neuer auch für Kartoffeln, Zucker- und Runkelrüben durch die Saatenslandsberichte für den Anfang Oktober eine Schätzung des voraussichtlich zu erwartenden Hektarertrags vorgenommen worden.

Stand der Saaten in Württemberg. Für die Befestigung der Wintersaaten war die Witterung die denkbar günstigste. Doch ist die Aussaat der Winterfrüchte noch nicht ganz beendet.

Stuttgart, 7. Nov. (Vom Landtag.) Die Fraktion der Bürgerpartei und des Bauernbunds hat sich dem Antrag der Sozialdemokratie auf baldige Einberufung des Landtags angeschlossen.

Ungeheure Preissteigerung. Infolge Einführung von Goldmarkpreisen für Vieh sind die Fleischpreise gewaltig gestiegen: Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte 100 Milliarden (35 Milliarden), Rindfleisch 2. Güte 90 Milliarden (30), Lammfleisch 1. Güte 80 Milliarden (25), 2. Güte 65-75 Milliarden (20), Kalbfleisch 105 Milliarden (35), Schweinefleisch 165 Milliarden (35), Hammelfleisch 90 Milliarden (30), Schaffleisch 65-75 Milliarden (22 Milliarden).

Erwerbslose. Die Zahl der Unterstützung beziehenden Erwerbslosen in Stuttgart betrug Ende Oktober 3181 männliche und 376 weibliche. Bei den Männern ergibt sich eine Zunahme um 1227, bei den Frauen um 169 Personen.

Cannstatt, 7. Nov. (Ueberfahren.) Auf der Landstraße nach Hellbach unweit der Kaserne überfuhr ein Auto den Lenker eines Fuhrwerks. Der Mann, etwa 40 Jahre alt, dessen Personalleiten nicht festgestellt werden konnten, da das Fuhrwerk führerlos weiterfuhr, war sofort tot.

Schnaitheim, 7. Nov. (Viehdiebstahl.) Nachts wurden aus dem Pferd des Geschäftlers Häuser zwei schöne, trachtige Rutterställe geschoben und auf freiem Felde abgeschlachtet. Einem Bürger wurden aus seinem Gehägelhof vier Enten entwendet.

Herrenberg, 7. Nov. (Neue Schule.) Die neu erbaute Pädagogische Schule wurde mit einer schlichten Eröffnungsfeier ihrer Bestimmung übergeben.

Gmünd, 7. Nov. (Volksbildungsheim.) Das Volksbildungsheim, das die Gmünder Volkshochschule und die Kriegergedächtnisstiftung der Stadt in sich birgt, ist eingeweiht worden.

Bretten, 7. Nov. (Handgranaten.) Vor der Eisenhandlung von Berthelmer wurde in der Nacht zum Sonntag eine Handgranate zu Explosion gebracht.

Bruchsal, 7. Nov. (Opfer der Arbeit.) In der Maschinenfabrik Jos. Bögle & S. Mannheim kam der Arbeiter Peter Schamoni von Kretlach zwischen die Räder zweier Wagen und wurde so schwer verletzt, daß er bald starb.

Vom badischen Landtag.

Leipziger, 7. Nov. Der Landtag, der am Mittwoch zu einer kurzen Herbsttagung zusammengetreten ist, wählte in seiner ersten Sitzung den Finanzminister Köhler (Dp.) mit 55 Stimmen zum Staatspräsidenten und den Unterrichtsminister Dr. Neßler (Dp.) zum Stellvertreter.

Die Abgeordneten des Landbundes und der Kommunisten erklärten sich ablehnend gegen den Vorschlag des Staatspräsidenten, in einer Ansprache legte der neue Staatspräsident ein Treuegelübde zum Deutschen Reich ab.

Vor der Wahl des Staatspräsidenten war mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten mit dem Vorschlag, Dr. Baumgartner an der Spitze des Landtagspräsidenten in seiner bisherigen Zusammensetzung wieder gewählt worden.

Eine neue badische Stadt im Werden.

Selbstständig hat sich das Reich - das Reichsverkehrsministerium vor allem - infolge der fortwährenden Entwertung der deutschen Mark gezwungen gesehen, die bisher in Basel wohnenden Beamten von dort zurückzuziehen und ihnen Wohnungen auf badischem Gebiet zu erschaffen und anzuweisen.

In Leopoldshöhe, wo noch vor zwei Jahren außer dem Bahnhof und einem Volkshausmehlwagen nur eine Kirche mit Pfarrhaus und zwei Wirtschaften vorhanden waren, sind jetzt vierstöckige Wohnhäuser mit verschiedenen Geschäftslökalen entstanden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt. Wieder die Brotkrise in Berlin. Auf Grund einer ministeriellen Ermächtigung hat der Magistrat von Berlin angeordnet, daß Brot nur noch auf Brotkarten abgegeben werden darf.

Bonar Lawo Bezeichnung. Die Bezeichnung Bonar Lawo fand am Dienstag in der Westminster Abtei unter Teilnahme aller Klassen der Bevölkerung statt.

Der Prozeß gegen die Mörder Borowski. In Lausanne begann der Prozeß gegen den Ingenieur Konrad und seinen Mitwisser und Helfer Kolumin wegen der Ermordung des zur Lausanner Konferenz entsandten Vertreters Borowski.

Fünfzig Millionen M. für Cosima Wagner. Die brasilianische Künstlerin Ceina Koro hat unter Beteiligung aller Bevölkerungsklassen ein Konzert veranstaltet, dessen Ertrag von vornherein als Stiftung für Cosima Wagner bestimmt war.

Ein Pfarver verhungert. Das Preussische Pfarverblatt schreibt: Am 5. September starb und wurde am 9. September still beerdigt der 33jährige Pfarver Walter Eblich in Böhndeburen, Bezirk Koblenz.

Buntes Allerlei.

Brasilianische Künstlerin Ceina Koro hat unter Beteiligung aller Bevölkerungsklassen ein Konzert veranstaltet, dessen Ertrag von vornherein als Stiftung für Cosima Wagner bestimmt war.

Ein Pfarver verhungert. Das Preussische Pfarverblatt schreibt: Am 5. September starb und wurde am 9. September still beerdigt der 33jährige Pfarver Walter Eblich in Böhndeburen, Bezirk Koblenz.

Ein Nord um ein Paar Stiefel. Aus Neustadt an der Oder wird gemeldet: In einer Feldschnecke des Kammergutes Belsitz wurde unter Stroch versteckt ein männlicher Leichnam aufgefunden.

Ein Säuglingsleid. Eine 75jährige Londonerin hat ihren Heuboden gänzlich heimgesucht. Mrs. Jane Enderick Sidney Whak. Sie stammt aus einer langlebigen Familie: ihr Vater, ein Gastwirt, wurde 100 Jahre alt.

Eisenbahnunfall bei Ugram. Zwischen einem von Belgrad nach Subotiza unterwegs befindlichen Personenzug und einem anderen hat in der Nähe von Ugram ein heftiger Zusammenstoß stattgefunden.

Handel und Verkehr.

1 Dollar: Berlin 628,425 G., 631,576 Br. 1 Goldmark nach Berliner Mittelkurs 150 Milliarden (100 Ma.) Papiermark.

Wirtschaftszahlen vom Mittwoch. Lebensmittel-Multiplikator 150. 4,20 Goldmark wärrt. Industriennote - 630 Milliarden.

Stuttgarter Börse, 7. Nov. Trotz einer Dollarkorrekturen um 50 Prozent trat an der Börse ein empfindlicher Rückschlag ein, der alle Gebiete umfaßte, mit Ausnahme der festverzinslichen Werte.

Umtl. Berliner Produktionsnotierungen vom 7. Nov.: Weizen, märk. 189; Roggen, märk. 183-184; Sommergerste, märk. 164-168; Haber, märk. 151-155, je 1000 Kilo in Goldmark ab Station.

Nemptener Butter- und Käsebörse, 7. Nov. Butter 75-120, grüner Weichkäse 11-20, konsumreifer Weichkäse 22-30, konsumreifer Rundkäse 40-60.

Rosenfeld, O.A. Sulz, 6. Nov. Dem Viehmarkt waren 11 Karren, 9 Ochsen, 32 Räder, 35 Kalbinnen und 69 Stück Jungvieh zugeführt.

Stuttgarter Börse, 7. Nov. Trotz einer Dollarkorrekturen um 50 Prozent trat an der Börse ein empfindlicher Rückschlag ein, der alle Gebiete umfaßte, mit Ausnahme der festverzinslichen Werte.

Umtl. Berliner Produktionsnotierungen vom 7. Nov.: Weizen, märk. 189; Roggen, märk. 183-184; Sommergerste, märk. 164-168; Haber, märk. 151-155, je 1000 Kilo in Goldmark ab Station.

Nemptener Butter- und Käsebörse, 7. Nov. Butter 75-120, grüner Weichkäse 11-20, konsumreifer Weichkäse 22-30, konsumreifer Rundkäse 40-60.

Rosenfeld, O.A. Sulz, 6. Nov. Dem Viehmarkt waren 11 Karren, 9 Ochsen, 32 Räder, 35 Kalbinnen und 69 Stück Jungvieh zugeführt.

Stuttgarter Börse, 7. Nov. Trotz einer Dollarkorrekturen um 50 Prozent trat an der Börse ein empfindlicher Rückschlag ein, der alle Gebiete umfaßte, mit Ausnahme der festverzinslichen Werte.

Umtl. Berliner Produktionsnotierungen vom 7. Nov.: Weizen, märk. 189; Roggen, märk. 183-184; Sommergerste, märk. 164-168; Haber, märk. 151-155, je 1000 Kilo in Goldmark ab Station.

Nemptener Butter- und Käsebörse, 7. Nov. Butter 75-120, grüner Weichkäse 11-20, konsumreifer Weichkäse 22-30, konsumreifer Rundkäse 40-60.

Rosenfeld, O.A. Sulz, 6. Nov. Dem Viehmarkt waren 11 Karren, 9 Ochsen, 32 Räder, 35 Kalbinnen und 69 Stück Jungvieh zugeführt.

Stuttgarter Börse, 7. Nov. Trotz einer Dollarkorrekturen um 50 Prozent trat an der Börse ein empfindlicher Rückschlag ein, der alle Gebiete umfaßte, mit Ausnahme der festverzinslichen Werte.

Umtl. Berliner Produktionsnotierungen vom 7. Nov.: Weizen, märk. 189; Roggen, märk. 183-184; Sommergerste, märk. 164-168; Haber, märk. 151-155, je 1000 Kilo in Goldmark ab Station.

Nemptener Butter- und Käsebörse, 7. Nov. Butter 75-120, grüner Weichkäse 11-20, konsumreifer Weichkäse 22-30, konsumreifer Rundkäse 40-60.

Rosenfeld, O.A. Sulz, 6. Nov. Dem Viehmarkt waren 11 Karren, 9 Ochsen, 32 Räder, 35 Kalbinnen und 69 Stück Jungvieh zugeführt.



Öffentlicher Sprechsaal.

(Für Einwendungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die präziseste Verantwortung.)

Stingefandt.

Wie ist es möglich, daß in unserer Stadt an einem Tag bei drei verschiedenen Bäckern 1 Brot 3 verschiedenen Preisen kostete. Am 7. 11. 23 mußte in der oberen Stadt für ein Brot 40 Milliarden, in einem anderen Laden 35 Milliarden, in der unteren Stadt dagegen kostete 2 Stunden später ein Brot 15 Milliarden. Hier wäre für die hiesige Polizei ein weites Betätigungsfeld, es wäre vielleicht besser, als unbescholtenen Arbeitern nachzuspüren, im übrigen wäre der Gesamtbevölkerung dadurch ein guter Dienst erwiesen. Wird dieser Fall von der Behörde vielleicht als Wucher angesehen? Ein Arbeiter.

Letzte Nachrichten.

Kommunistische Umtriebe in Wehingen und Eningen.

WZB. Stuttgart, 7. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Schon vor einiger Zeit erhielt die Polizeidirektion Wehlingen Nachricht, daß in der Nähe von Wehingen jeweils des Nachts kommunistische Posten aufgestellt seien, die die Straße überwachten, Postanten anhielten, nach Woffen durchsuchten und belästigten. Es wurde deshalb von der in Wehlingen stehenden staatlichen Ordnungspolizei eine nächtliche Kraftwagenstreife nach Wehingen unternommen. Dabei gelang es, eine Reihe solcher Postierungen auszuheben. 8 Teilnehmer, die sämtlich mit Revolvern und Schlagringen bewaffnet waren, wurden festgenommen. Auf der Rückfahrt durch Eningen und Achalm bemerkte die Ordnungspolizei einen 3 Mann starken Posten, der aber beim Näherkommen die Flucht ergriff. Wie nachträglich festgestellt werden konnte, hatten die Kommunisten von Eningen nach der Durchfahrt der Polizei die Kirchentüre eingesperrt, Sturm geläutet und auch einige Alarmgeschiffe abgegeben, worauf sich etwa 200 Mann einer kommunistischen Kampf Abteilung unter Führung von kommunistischen Gemeinderäten versammelten. Dieses Treiben gab Veranlassung, in der Nacht vom letzten Samstag zum Sonntag 6 kommunistische Gemeinderäte von Eningen, die als Führer dieser Kampfteilungen ermittelt waren, in Schutzhaft zu nehmen. Sie wurden zunächst von den Beamten der Landes Kriminalpolizei ans Weinger Rathaus gebracht. Dort sammelten sich nun alsbald die alarmierten Mitglieder der Kampf Abteilung an. Sie wurden von staatlicher Ordnungspolizei mit der Handwaffe zerstreut. Die 6 Gemeinderäte befinden sich seither in Schutzhaft.

Zum Einmarsch der Reichswehr in Thüringen.

WZB. Weimar, 8. Nov. Das Thüringische Pressamt teilt mit: Die Thüringische Regierung ist bei den zuständigen Regierungsstellen in Berlin persönlich gegen die Art des

Einmarsches der Reichswehretuppen in Thüringen vorstellig geworden, da hierzu keinerlei Veranlassung vorliegt. Daraufhin hat der Reichswehrcminister der Thüringischen Regierung geantwortet, der Auftrag des Generals Rheinhardt laute dahin, Thüringen auch gegen jeden Einfall von Banden von auswärtig zu schützen. Er sei überzeugt, daß die Schutzpolizei und die Reichswehr für diese Aufgabe völlig genügt, daß daneben aber bewaffnete Organisationen unmöglich seien, weil sie eine Gefahr für die Bevölkerung u. die Truppe bildeten.

Eine Devisenabgabe. — Ausfuhr von Zucker zur Beschaffung von Drossen. — Ausgabe der Rentenmark am 15. November.

WZB. Berlin, 8. Nov. Um die zur Behebung der äußersten Not des Volkes nötigen Drossen für die Einfuhr des unentbehrlichsten Lebensbedarfs, insbesondere für die Getreide- und Fettzufuhr zur Verfügung zu halten, hat sich die Reichsregierung trotz schwerster Bedenken entschlossen, die Devisenabgabe auf der Grundlage der Brotverforgungsabgabe sofort noch einmal zu erheben. Als Gegenleistung wird eine neue Goldanleihe gewährt werden. Weitere Drossen sollen durch die Ausfuhr einer beschränkten Menge Zucker beschafft werden. Die Not des Volkes zwingt zu diesem Schritt, um durch die Ausfuhr Drossen zur Bezahlung von Getreide und Fett zu erlangen. Die für den Verbrauch an Rumbzucker unerlässliche Menge bleibt erhalten. Welche Maßnahmen werden eine wesentliche Entlastung des Devisenmarktes herbeiführen.

Zur vorläufigen Festigung des Kurses des Papiermark und zu der demnächstigen Herstellung eines festen Verhältnisses der Papiermark zu einem wertbeständigen Wert hat die Reichsregierung in Ergänzung ihrer bisherigen Entschlüsse folgenden beschließen: Alle Vorbereitungen sind getroffen worden, damit die Rentenbank mit der Ausgabe der Rentenmark am 15. Nov. beginnen kann. Von diesem Zeitpunkt ab wird der Bedarf des Reichs nicht mehr durch die Neuherstellung von Papiermark gedeckt werden. Die Papiermarkinfation wird damit ihr Ende erreichen. Die dann feststehende Menge an Papiermark soll gegen Goldanleihe des Reichs eingetauscht werden können. Zu diesem Zweck wird einer besonderen Stelle eine mit Sicherheiten ausgestattete Goldanleihe des Reichs zur Verfügung gestellt werden.

Die Lage im Rheinland.

WZB. Paris, 7. Nov. Haas gibt aus Mainz eine angeblich aus guter Quelle stammende Darstellung der Lage im Rheinland und insbesondere in der Pfalz. Hiernach sind die Ueberfälle in Kaiserslautern, Kirchheimbolanden und Dierberg, wie die Separatistenputsche an zahlreichen anderen Orten, von landfremden Elementen verübt worden, und zwar ist es diesmal Dr. Dörken selbst, der die Separatistenbanden nach der Pfalz gezogen hat.

Man darf darauf hinweisen, daß der belgische Oberkommissar in der Rheinlandkommission in seiner Antwort auf das Protestschreiben von Mathis die Tatsache unterstreicht, daß die Separatisten von Aachen in Aachen eingebrochen waren und daß das den Verordnungen der Rheinlandkommission zuwiderläuft. Durch die Ausbildung des gewaltsamen Einbruchs durch die französische Besatzungsbehörde in der Pfalz ist also nach dem unvorläufigen Zeugnis des belgischen Oberkommissars eine Tat gebuldet worden, die gegen die Rheinlandakte, wie sie die Rheinlandkommission auslegt, begangen wurde.

Es wird immer schlimmer!

WZB. Berlin, 7. Nov. Die Separatisten haben sich in Kreuznach der dortigen Rätischen Reichsgelddruckpresse bemächtigt und lassen täglich bedeutende Summen Reichsgeld drucken. Der Reichsdelegierte der internationalen Kontrollkommission hat angeordnet, daß Privatbanken dieses Reichsgeld einlösen, und hat ferner die Beamten der Reichsbank unter Androhung der Freiheitsberaubung und Vermögenskonfiskation gezwungen, das Reichsgeld gleichfalls anzunehmen und gegen Reichsbanknoten umzutauschen. Es sind gestern allein bei der Reichsbank 6-7 tausend Millionen Mark eingelöst worden.

Ein Verjährungsversuch.

WZB. London, 7. Nov. Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ schreibt, die belgische Regierung habe energische Schritte unternommen, um eine Verjährung des britischen, französischen und belgischen Standpunktes zu bringen. Augenblicklich seien diese Verhandlungen eingestellt. Man sei der Ansicht, daß der nächste Schritt von der britischen Regierung unternommen werden müßte, die eine neue Form der Einladung an die Vereinigten Staaten durch Großbritannien Frankreich und Belgien vorschlagen müßte.

Druck und Verlag der B. Rieker'schen Buchdruckerei Altenfeld. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.

Der Putztag.

Der Samstag ist meistens so ein Tag, den der Vater nicht leiden mag. Es wibbelt der Staub, der Besen schwirrt, man irrt umher und wird verwirrt.

Der wöchentliche Hausputz bringt eine Fülle von Arbeit und Unbequemlichkeit über die Hausfrau und die ganze Familie. Eine wesentliche Erleichterung der mühseligen Arbeit bedeutet es, ein Mittel zur Hand zu haben, das seinen Zweck als Reinigungs- und Schmiermittel wirklich vollkommen erfüllt. Gents's „Ala“, das bei seinem Erscheinen so begeistert aufgenommen wurde, entspricht den weitestgehenden Anforderungen; es reinigt schnellwirkend und ohne große Mühe alle Gegenstände aus Glas, Porzellan, Marmor, Emaille, Stein und Holz, ist einzigartig zum Putzen von Bestecken und — als Ersatz für teure Seife — ein ausgezeichnetes und billiges Mittel zur Reinigung schmutziger Hände.

Einmalige Benennungen.

Kleinhandelspreise.

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der Multiplikator jeweils für volle 24 Stunden zu gelten hat und zwar von nachmittags 3 Uhr bis andern Tags nachmittags 3 Uhr. Eine Erhöhung des Multiplikators im Laufe dieser 24 Stunden ist als Preistreiberer unzulässig.

Der Multiplikator ist in jedem Schaufenster, sowie in den Läden an deutlich sichtbarer Stelle als wesentlicher Bestandteil der Preise anzuhängen.

Die Ortspolizeibehörden werden beauftragt, Vorstehendes in ordnungsgemäßer Weise noch besonders bekanntzugeben. Nagold, den 7. Nov. 1923. Oberamt: Müna.



KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde

bietet für jedermann einen

billigen und guten

Lesestoff

Belehrend — Unterhaltend

Jedes Mitglied erhält

jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und

vier gute Bücher erster Schriftsteller,

außerdem

Preisvergünstigungen

beim Bezug aller Kosmos-

Veröffentlichungen

Anmeldung durch jede Buchhandlung oder

bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart.

Prospekt kostenlos

Holzverkauf.

Aus dem B. Eber'schen Hinterwald Forst kommen freihändig unter den staatl. Holzverkaufbedingungen zum Verkauf:

65 Nadelholzkämme mit 6 Jm V. und 8 Jm VI. Klasse und 6 1/2 Rm Papier-Roller (geräpelt 1 m lang) und 9 1/2 Rm Nadelholz-Kuscheln.

Schriftliche Gebote in Göttingen auf das Stammholz u. das Beigeholz getrennt, nimmt bis zum 13. Nov. entgegen.

Forstmeister Schleicher Leonberg.

Zur Postersparnis eignen sich Postkarten

großes Format (auch mit Firmenstempel)

Preis zu haben in der

B. Rieker'schen Buchdruckerei Altenfeld.

Altenfeld.

Gegen eine junge Schlacht-

schlacht (ca. 11 Str.) sucht eine

hochwürdige

Kalbin

einzutauschen

M. Rast, Schutzgeßl.

Allgem. Ortskrankenkasse f. d. O.V. Bez. Nagold.

Ab 5. November 1923 gelten folgende Lohnklassen u.:

Stufe	Bei einem Verd. pro:		ergibt sich ein:			Jahrl.-Verf. ab 5. 11. 23.		
	Stunde bis zu	Arbeits-tag bis zu	Grund-lohn	Tages-beitrag	Wochen-beitrag	Klasse	Wochen-verdienst bis zu	Wochen-beitrag
1	2,2	17,5	10	0,75	5,25	44	233,33	3,8
2	3,6	29,2	20	1,50	10,50	45	326,66	5,0
3	5,1	40,8	30	2,25	15,75	46	466,66	7,2
4	6,6	52,5	40	3,—	21,—	47	700,—	10,4
5	8,7	70	50	3,75	28,25	48	933,33	14,8
6	11,7	93,3	70	5,25	36,75	49	1166,66	18,8
7	15,3	122,5	90	6,75	47,25	50	mehr	23,2
8	20,4	163,3	120	9,—	63,—			
9	26,2	210	160	12,—	84,—			
10	32,1	256,6	200	15,—	105,—			
11	37,9	303,3	240	18,—	126,—			
12	43,7	350	280	21,—	147,—			
13	49,5	396	320	24,—	168,—			
14	55,4	443,3	360	27,—	189,—			
15	61,2	490	400	30,—	210,—			
16	mehr		450	33,75	236,25			

NB. 1 = 1 Million Mark.

Ab 1. November werden die Krankenkass.-Beiträge nur aus dem tatsächlich bezogenen Lohn berechnet. Es ist also jeweils festzustellen, wie viel Verdienst unter Zugrundelegung von 6 Arbeitstagen auf 1 Arbeitstag entfällt und danach ist die Lohnklasse zu bestimmen. Wer die bezahlten Wochenbeiträge der Krankenkasse nicht anzeigt, muß aus dem Normalwohnenlohn die Beiträge bezahlen.

Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung betragen 20% des Krankenkassenbeitrags. Sie werden von Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte getragen. Der Arbeitgeber hat den ganzen Beitrag zusammen mit den Krankenkass.-Beiträgen an die Krankenkasse zu bezahlen. Der Arbeitnehmer darf dem Versicherer an seinem Lohn 15% seines Krankenkassenbeitrags-Anteils abziehen. Beitragspflichtig sind alle Arbeitnehmer, die auf Grund der Reichsversicherung gegen Krankheit versichert sind und ihre Arbeitgeber. Die Beiträge sind erstmals für die Lohnzahlungswoche zu entrichten, die in der Kalenderwoche vom 5./11. November endigt.

Nagold, den 16. 11. 23.

Vors. des Vorstands: (gez.) F. G.

Verwalter: (gez.) R. G.

Familien-Kalender für 1924

find vorrätig in der

B. Rieker'schen

Buchhandlung.

